AKTION AUSLÄNDERRECHT

1 Berlin 33, den 31. Mai 1972
Gelfertstr. 45, ESG/FU-Berlin
Tel.: 769 10 41

Sehr geehrter
Herr Bundespräsident Heinemann

Sehr geehrter
Herr Bundeskanzler Brandt

Sehr geehrter
Herr Bundesminister Genscher

Sehr geehrter
Herr Regierender Bürgermeister Schütz

Sehr geehrter
Herr Senator Neubauer

wir möchten Sie bitten, sich einer Angelegenheit anzunehmen, die nicht nur für den Betroffenen, sondern darüber hinaus von grundsätzlicher Bedeutung ist, ob und in welcher Form ausländischen Staatsbürgern, denen aus politischen Gründen die Verlängerung des Passes durch ihre Heimatbehörden verweigert wird, eine Aufenthaltsgenehmigung zum Verbleiben in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin erteilt werden kann, ohne daß hierfür ein Antrag auf politisches Asyl notwendig ist.

Wir sehen uns durch den Fall Hakki Keskin veranlaßt, uns an Sie zu wenden. Hakki Keskin war im Mai 1969, zusammen mit acht anderen türkischen Studenten in Berlin, die Verlängerung ihrer Pässe verweigert worden, nachdem ihnen das türkische Kultusministerium die Genehmigung zum Studium gemäß Art.21 der Verordnung für die im Ausland in der Ausbildung befindlichen Staatsbürger entzogen hatte. Art. 21 besagt:

"Die türkischen Studenten im Ausland werden nach dem Vorschlag des Beauftragten und nach dessen Bestätigung durch das Unterrichts- und Kultusministerium in die Türkei zurückgeholt, wenn sie

a) 'Handlungen begehen, die die Ehre und das Ansehen der Staatsangehörigkeit der türkischen Republik oder die Ehre und das Ansehen des türkischen Studenten verletzen bzw. herabsetzen'
b) 'sich an Aktionen und Bewegungen beteiligt, die gemäß den türkischen Bestimmungen für das Land als schädlich angenommen werden könnten' (Art. 21 a, b der Verordnung für die türkischen Studenten im Ausland)."

Hakki Keskin befindet sich seit November 1964 in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin, wo er zunächst Deutsch lernte und das obligatorische Studienkolleg für Ausländer besuchte. Nach Erwerb der deutschen Hochschulreife studierte er Politische Wissenschaft und diplomierte im Juni 1971 im Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität Berlin mit dem Prädikat "gut". Seither arbeitet er an seiner Promotion, für die ihm die Freie Universität ein Promotionsstipendium gewährt hat.

Neben seinem Studium leistete Hakki Keskin eine aktive politische Arbeit unter den türkischen Studenten und Arbeitern. Er wurde im Februar 1968 in den Vorstand des Türkischen Studentenvereins, im Juni 1968 zum Vorsitzenden der türkischen Studentenföderation in Deutschland e. V. (ATÖF) gewählt. Nach seiner Wiederwahl leitete er die Dachorganisation der türkischen Studenten (ATÖF) bis Juni 1970. Danach war er Mitglied des Vorstandes des türkischen Studentenvereins in Berlin und bis Ende Januar 1972 dessen Vorsitzender. Außerdem ist er Mitglied der Kommission für Fragen des Ausländerstudiums des Präsidialamtes der Freien Universität Berlin.
Hakki Keskin setzt sich aktiv für die demokratischen Rechte und für eine soziale und gerechte politische Ordnung in seinem Lande ein. Es ist deshalb eindeutig, daß die Maßnahmen der türkischen Regierung aufgrund seiner politischen Arbeit erfolgen.

So wurde er sogar durch einen türkischen Kabinettsbeschluß vom 16. 7. 70 ausgebürgert. Erst massive Proteste von führenden Persönlichkeiten und Organisationen des In- und Auslandes sowie eine Klage beim Obersten Verwaltungsgericht in Ankara konnten diesen Beschluß aufheben.

Nachdem die türkischen Behörden Hakki Keskins Paß willkürlich zunächst nur für 6 Monate und schließlich für 3 weitere Monate bis zum 20. Oktober 1971 verlängert hatten, erhielt er von der Ausländerpolizei West-Berlin eine Aufforderung, zwecks Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis einen gültigen Paß vorzulegen. Da die türkische Regierung sich weigerte, Keskins Paß zu verlängern, sah er sich gezwungen, einen Antrag auf Ausstellung eines deutschen Fremdenpasses zu stellen. Dieser Antrag wurde in einem Schreiben des Polizeipräsidenten mit folgender Begründung abgelehnt:

"Die türkischen Behörden haben indessen mitgeteilt, daß sie Ihnen den Paß nicht schlechthin verweigern, sondern ihn nur zur Rückkehr in die Heimat ausstellen wollen."

Es entspricht der bisherigen Praxis der Ausländerpolizei in West-Berlin, Ausländern, denen aus politischen Gründen von ihrem Heimatstaat die Erteilung eines Reisepasses verweigert, oder denen lediglich ein Paß zur Rückkehr in ihr Heimatland ausgestellt wird, einen Fremdenpaß zu erteilen. Eine große Anzahl von Ausländern, insbesondere tschechische und griechische Staatsangehörige, haben auf diese Weise einen Fremdenpaß erhalten, sofern sie die Gefahr einer politischen Verfolgung in ihrem Heimatland glaubhaft gemacht haben. Auf die Durchführung eines Asylverfahrens wurden sie nicht verwiesen.

Demgegenüber wird Hakki Keskin ein Fremdenpaß und die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis verweigert, ohne daß die Ausländerbehörde angeben konnten, wie die unterschiedliche Behandlung des Falles Keskin gegenüber gleichgelagerten Fällen anderer Ausländer gerechtfertigt werden soll. Während die Ausländerpolizeibehörde in Anwendung von § 4 des Ausländergesetzes zahlreichen in West-Berlin ansässigen Ausländern, die aus politischen Gründen nicht mehr im Besitz ihres Heimatpasses sind, einen Fremdenpaß erteilt und die Zulässigkeit der Erteilung eines Fremdenpasses in diesen Fällen demnach bejaht, wird Keskin ein Fremdenpaß ohne Angabe eines sachlichen Grundes versagt. In dem ablehnenden Bescheid wird Keskin ein

Asylantrag anheimgestellt, obwohl dem Polizeipräsidenten bekannt sein dürfte, daß ein Asylantrag mit Sicherheit die Aberkennung der türkischen Staatsangehörigkeit Keskins durch die gegenwärtige türkische Regierung zur Folge haben wird.

Inzwischen erhielt Keskin am 25. und 26. Februar, also nach dem Brief des Polizeipräsidenten, vom türkischen Generalkonsulat in Berlin und vom Verteidigungsministerium in Ankara zwei weitere Briefe, in denen die Verlängerung seines türkischen Passes ausdrücklich verweigert wird. Würde aber Herr Keskin in die Türkei zurückkehren, dann sind die türkischen Behörden gezwungen, ihm seinen Paß nur für die Rückkehr in die Türkei zu verlängern.

Da Hakki Keskin im Falle einer Gewährung des Asylrechtes jegliche Bindungen an sein Land abbrechen würde und damit keine Möglichkeiten mehr hätte, später dort zu arbeiten, ist er unter den derzeitigen Umständen auf einen Fremdenpass angewiesen.

Wir wären Ihnen deshalb sehr dankbar, wenn Sie dafür Sorge tragen würden, daß Herrn Keskin bis zum Erhalt eines türkischen Passes ein deutscher Fremdenpass ausgestellt wird.

In der Hoffnung, daß Sie unserem Anliegen entsprechen, zeichnen wir

mit vorzüglicher Hochachtung

Erich Fried, London

André Gorz, Paris

Magnus Enzensberger, Berlin

Prof. Dr. von Beyme, Tübingen

Prof. Dr. Hartmut von Hentig, Bielefeld

Dr. Martin Niemöller, Wiesbaden

Peter Merseburger, Hamburg

Prof. Dr. H. Gollwitzer, Berlin

Rolf Kreibich, Berlin

Martin Walser, Nußdorf

Heinrich Albertz, Berlin

Simone de Beauvoir, Paris

Joachim Steffen, Kiel

Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim, Berlin

Prof. Dr. Dr. Herbert Donner, Tübingen

Prof. Dr. Axel Azzola, Darmstadt

Prof. Dr. J. Agnoli, Berlin

Prof. Dr. Fritz Steppat, Berlin

Prof. Dr. Helmut Fleischer, Berlin
Prof. Dr. Sebastian Herkommer, Berlin
Prof. Dr. Hans-Erich Gumlich, Berlin
Prof. Dr. Klaus Peter Kisker, Berlin
Prof. Dr. Fritz Eberhard, Berlin
Prof. Dr. M. Wiederholt, Berlin
Prof. Dr. Bretschneider, Braunschweig
Prof. Dr. Elmar Altvater, Berlin
Prof. Dr. Neumeuer, Berlin
Prof. Dr. H. Schnelle, Berlin
Prof. Dr. H. Bütow, Berlin
Prof. Dr. Uwe Wesel, Berlin
Prof. Dr. Dohle, Berlin
Prof. Dr. Erich Wolf, Berlin

Prof. Dr. Michael Nerlich, Berlin
Prof. Dr. Christian Pommerenke, Berlin
Prof. Dr. Peter Krausser, Berlin
Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Berlin
Prof. Dr. Hans Peter Dreitzel, Berlin
Prof. Dr. Klaus Heinrich, Berlin
Prof. Dr. Günter Warnecke, Berlin
Prof. Dr. Franz Ansprenger, Berlin

Dr. Ulrich Albrecht, Hamburg
Dr. Richard Bünemann, MdL, Kiel
Eckard Kuhlwein, MdL, Kiel
Dr. Andreas Buro, Hundstadt
Dirk Sager, Berlin
Christel Sudau, Berlin
Dr. Benedict, Bochum
Klaus Komm, Berlin
Adelheid und Christian Krehbiehl, Rottenburg
Yelmaz Karahasam, Frankfurt
Klaus Kamboy, Frankfurt
T. Veerkamp, Berlin

O. J. Weis, Berlin

W. Brocks, Berlin

H. Ziegelmann, Tübingen

Dr. Klaus Werner

Ismet Okyay, Paris

Dieter Fitterling, Berlin

Yüksel Pazarkaya, Stuttgart

Hans Stüdemann, Berlin

Edward Staempfli, Berlin

Friedrich Toepffer, Berlin

Karl Johann Riese, Berlin

Ruth Salffner, Bremen

Hubert Leygraf, Berlin

Dr. Hannelore Hegel, Berlin

Manfred Berg, Berlin

Jürgen Busack, Kiel

Björn Engholm, MdL, Kiel

Grit Wisberg, Essen

Benta Weisberg, Essen

Jürgen Egert, MdA, Berlin

Hermine Egert, Berlin

Uly Foerster, Freiburg

Marianne Regensburger, Berlin

Ass. Prof. Dr. Marios Nikolinakos, Berlin

Hans-Jochen Michel, Düsseldorf

Herbert Lederer, Düsseldorf

Ass. Prof. Dr. Rainer Tetzlaff, Berlin

Bero Rigauer, Wankheim

Herbert Komm, Berlin

Klaus und Inge Knothe, Berlin

Dr. F. von Hammerstein, Berlin

Karsten Voigt, Frankfurt

Johannes Wendt

Simon Peter Gerlach, Gelsenkirchen

Ass. Prof. Dr. H. D. Will

Ass. Prof. Zeuner, Berlin

Ass-Prof. Dr. R. W. Müller, Berlin

Ass-Prof. Dr. Dietrich Haensch, Berlin

Wiss. Ass. Frank Dingel, Berlin

Wiss. Ass. Barbara Gafert, Berlin

Wiss. Ass. Niels Kadritzke, Berlin

Wiss. Ass. Klaus Brennecke, Berlin

Wiss. Ass. Eberhard Wesche, Berlin

Wiss. Ass. Peter W. Schulze, Berlin

Wiss. Ass. Wolfgang Wagner, Berlin

Wiss. Ass. Matthias Pfüller, Berlin

Wiss. Ass. Monika Schmidt, Berlin

Wiss. Ass. Bernhard Blanke, Berlin

Wiss. Ass. Dieter Löcherbach, Berlin

Wiss. Ass. Gundula Bölke, Berlin

Wiss. Ass. Siegfried Heimann, Berlin

Wiss. Ass. Klaus Busch, Berlin

Wiss. Ass. Richard Stöss, Berlin

Wiss. Ass. Reinhard Hildebrandt, Berlin

Wiss. Ass. Ingrid Schmidt-Harzbach, Berlin

Wiss. Ass. Wolfgang Schöller, Berlin

Wiss. Ass. Jürgen Straßburger, Berlin

Wiss. Ass. Ulrich Degen, Berlin

Wiss. Ass. Gunar Stollberg

Wiss. Ass. Hans-Joachim Funke

Wiss. Ass. Siegwart Lönnendonker

Organisationen:

Wolfgang Roth, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

Klaus Vack, Sekretär des Sozialistischen Büros, Offenbach

Humanistische Union Berlin

Dirk Krüger, Vorstand des Verbandes Deutscher Studentschaften

Heinz Günter Lang, Geschäftsführer der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, Darmstadt

R. S. Mountain, World Assembly of Youth, Belgien

Dr. Ingeburg Drewitz, Stellv. Vorsitzende des VS Bundesvorstand, Mitglied des PEN-Präsidiums der BRD, Berlin

Lutz Freitag, DAG Bundesvorstand, Hamburg

W. Liebchen, Geschäftsführer der Internationale der Kriegsdienst Gegner e. V. Berlin

Wieland Biebel, Verband der Kriegsdienstverweigerer, Kassel

DGB, Landesverband Hessen

Heiner Bremer, Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten

Dr. F. von Hammerstein, Aktion Sühnezeichen, Berlin

Kober, Gesellschaft zur Wahrung der Grundrechte, Heidelberg

Dorothea Peters, ESG-Geschäftsstelle, Stuttgart

E. Z. Leune, KIA-Vorsitzender, Darmstadt

H. Krankenheidt, DGB Jugendsekretär, Darmstadt

World University Service, Deutsches Komitee O. V., Bonn

Frank Hess, Spanische Gruppe in der IG-Metall, Berlin

Christliche Friedenskonferenz, Berlin

ESG an der FU, TU und PH Berlin

Asta der Universität Konstanz

Asta der TH Darmstadt

Asta der Universität Hamburg

Asta der Universität Göttingen

Asta der Universität Hohenheim, Stuttgart

Asta der Universität Bonn

Asta der Universität Karlsruhe

Asta der Johannes Gutenberg Universität Mainz

Türkischer Studentenverband in Bonn

Türkischer Kulturbund München

Türkischer Kulturkreis e. V. Braunschweig

Türkischer Studentenverein in München

Türkischer Studentenverein in Darmstadt

P. S.: Dieser Brief wurde unter anderem von mehreren Tausend Studenten unterzeichnet
An dieser Unterschriftenaktion haben sich auch der "Initiativkreis Gelsenkirchen für die Kampagne '72" bei Pastor Simon Peter Gerlach, maßgeblich beteiligt.